

# Kaschmir : Südasiens historisches Trauma

Autor(en): **Baumann, Hans-Christian**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische  
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **180 (2014)**

Heft 10

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-515501>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Kaschmir: Südasiens historisches Trauma

Die Kriege und Krisen an Europas Peripherie dominieren die Berichterstattung in den europäischen Medien seit dem Ausbruch des Arabischen Frühlings. Auch das chinesische Hegemonialstreben in Ostasien und die bizarre Kriegsrhetorik Pjōngjangs stossen im Westen auf Beachtung. Im medialen Schatten dieser Konflikte schwelt im Süden des asiatischen Kontinents eine historische Rivalität, die eine latente nukleare Eskalationsgefahr birgt.

Hans-Christian Baumann\*

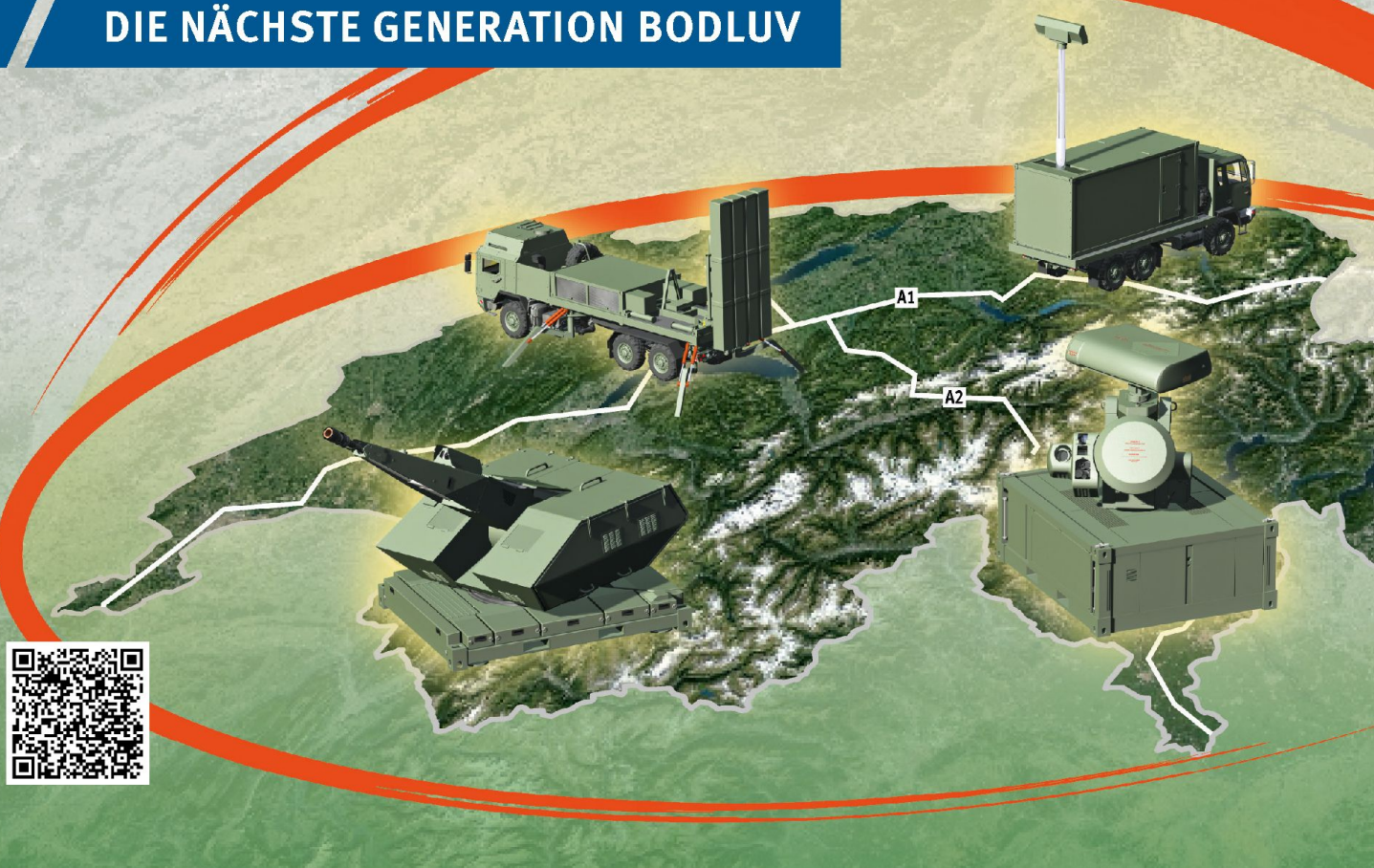
Die Aufteilung Britisch-Indiens nach religiösen Kriterien führte nach dem Abzug der britischen Kolonialmacht im August 1947 beidseits der auf dem Reissbrett gezogenen Grenzen zu ethnischen Säuberungen, Vertreibungen und gemäss dem UNHCR zu den grössten Flüchtlingsströmen der Geschichte. Millionen von Muslimen flohen nach Pakistan, während Millionen von Hindus in umgekehrter Richtung ihre alte Heimat in Richtung Indien verlassen mussten. Die

historischen Wunden der blutigen Teilungswirren sind bis heute nicht verheilt. Im Gegenteil: die Rivalität zwischen den künstlich geschaffenen Staaten Indien und Pakistan, deren divergierende staatliche Konsolidierung und die gegenseitige Perzeption als Erzfeinde prägen das Verhältnis der beiden Nuklearmächte noch heute. Im Zentrum des Misstrauens steht der Konflikt um die Zugehörigkeit Kaschmirs, das von beiden Seiten beansprucht wird und seit 1948 seiner definitiven völkerrechtlichen Statusklärung harret.

## Kontrastierende Demokratisierungsprozesse

Der frühe Tod des pakistanischen Staatsgründers Mohammed Ali Jinnah nur ein Jahr nach der Erlangung der Unabhängigkeit und das Fehlen eines integrativ wirkenden Nachfolgers sollte für die Entwicklung Pakistans fatale Auswirkungen haben, die bis heute nachwirken. Seit den ersten demokratischen Wahlen im Jahr 1956 und dem endgültigen Abschied von der britischen Krone wird die Politik Islamabad abwechselnd von Militärmachthabern und

## DIE NÄCHSTE GENERATION BODLUV





rivalisierenden Familienclans bestimmt. Das Land hat in seiner jungen Geschichte drei erfolgreiche Militärputsche erlebt. Beim Verfassen dieser Zeilen befindet sich die Islamische Republik erneut in politischem Aufruhr, die Konsequenzen sind ungewiss. Aufgrund der ethnischen Fragmentierung Pakistans und der Machtkämpfe zwischen politischen Fraktionen sowie zwischen den teils aus der Kolonialzeit stammenden staatlichen Institutionen wie der Regierung, der Justiz, den Streitkräften und dem Nachrichtendienst, bewegt sich das Land seit einem halben Jahrhundert am Rande des ökonomischen, politischen und sozialen Kollapses.

Jinnahs Gegenspieler auf indischer Seite, Jawaharlal Nehru, vermochte die Indische Union in eine sozialistisch geprägte, jedoch demokratische, säkulare und vergleichsweise stabile Unabhängigkeit zu

führen. Nehru wirkte bis zu seinem Tod 1964 als Premierminister und galt als unangefochtene und identitätsstiftende Führungspersonlichkeit, die gesellschaftliche Gräben in dem multiethnischen Riesenstaat weitgehend zu überbrücken vermochte. Mit Ausnahme von kurzen Unterbrüchen ist die indische Politik bis zu den Wahlen im vergangenen Frühling von der Nehru-Gandhi-Familie dominiert worden. Nicht zuletzt aufgrund dieser poli-

tischen Kontinuität ist der Demokratisierungsprozess Indiens deutlich geradliniger verlaufen als derjenige Pakistans.

### Der Kaschmir als Quelle des Misstrauens

Eine Konstante in der jungen Geschichte beider Bruderstaaten bilden die Ansprüche Islamabad und New Delhis auf das Territorium des ehemaligen Fürstenstaats Kaschmir, die eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen, das Schaffen gegenseitigen Vertrauens und vor allem die Aussetzung des (nuklearen) Wettrüstens bis in die Gegenwart verunmöglichen.

Am Ursprung des Kaschmirkonflikts stehen die Bildung der Indischen Union aus den hinduistisch dominierten Gebieten Britisch-Indiens und die Errichtung Pakistans aus den Regionen mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit. Die Herrscher der halbautonomen Fürstenstaaten konnten wählen, welchem Nachfolgestaat sie beitreten wollten. Kaschmir blieb nach der Partition zunächst unabhängig, da der lokale Fürst, ein Sikh-Maharaja, die Souveränität seines Fürstenstaats aufrechter-



Territoriale Ansprüche im Kaschmir. Bild: kashmirnewz.com



Die Zukunft der Schweizer Flab hat begonnen: Rheinmetall Air Defence, vormals Oerlikon Contraves, ist einer der weltweit führenden Hersteller auf dem Gebiet der Kurzstrecken-Flugabwehr für Einsätze über und unterhalb der Kriegsschwelle.

Rheinmetall Air Defence integriert in Zusammenarbeit mit weiteren Partnern Kanonensysteme, Mittelstreckenradare sowie Lenkflugkörper zu einem hochwirksamen bodengestützten Luftverteidigungssystem. Dieses lässt sich darüber hinaus zur vernetzten Operationsführung in das Führungssystem Integrierte Luftverteidigung einbinden. Rheinmetall Air Defence – der Schweizer Partner für bodengestützte Luftverteidigung.

[www.rheinmetall-defence.com/airdefence](http://www.rheinmetall-defence.com/airdefence)







**Pakistanische Abdal I Kurzstreckenrakete. Im Hintergrund ein Porträt des Staatsgründers Jinnah.** Bild: Pakistan Army

halten wollte. Pakistan leitete aus der muslimischen Bevölkerungsmehrheit Kaschmirs seinen Anspruch auf das Gebiet ab und mobilisierte Freischärler, die im Kaschmirland einfielen. Um militärische Unterstützung von Indien zu erhalten, erklärte der Maharaja den Anschluss Kaschmirs an die Indische Union. Beide Staaten verlegten in der Folge Truppenkontingente in die umstrittene Region. Der erste indisch-pakistanische Krieg noch im Unabhängigkeitsjahr endete mit der De facto-Zweiteilung Kaschmirs unter Vermittlung der Vereinten Nationen. Die Grenzlinie zwischen dem pakistanisch und dem indisch verwalteten Teil bildet die Waffenstillstandslinie (Line of Control) von 1949. Pakistan provozierte 1965 und 1999 erneute militärische Konfrontationen, die jedoch zu keiner Veränderung am Status quo führten. 1972 unterzeichneten die Ministerpräsidenten der beiden Staaten das Shimla-Abkommen, das die Regelung der Kaschmirfrage durch bilaterale Verhandlungen und die Akzeptierung der Waffenstillstandslinie als vorläufige Staatsgrenze vorsah. Aus pakistanischer Optik stellt die UN-Militärbeobachtermission UNMOGIP<sup>1</sup>, an der sich seit 2013 auch die Schweiz beteiligt, ein transitorisches Instrument dar, um die Kaschmirfrage im multilateralen Rahmen zu thematisieren. New Delhi hingegen interpretiert das Shimla-Abkommen als Anerkennung der Staatsgrenze, das Indien zwei Drittel des Territoriums Kaschmirs zugesteht und betrachtet die UNMOGIP als obsolet.

### Die nukleare Dimension

Das konfliktträchtige bilaterale Verhältnis wird durch die nuklearen Kapazitäten beider Seiten verschärft. Als Reaktion auf indische Atomwaffentests testete Pakistan

1998 zum ersten Mal erfolgreich Kernwaffen und zog in ihren militärischen Einsatzmöglichkeiten mit Indien gleich. Die pakistanische Politik gegenüber Indien sowie das pakistanische Selbstbewusstsein stellen seither weitgehend auf diese lautstark propagierte nukleare Parität ab. Für beide Staaten stellen die nuklearen Kapazitäten des Gegenübers die primäre Bedrohung dar. Pakistan verfügt über schätzungsweise 100 bis 120 nukleare Sprengköpfe und über luft- und landbasierte Trägersysteme, während die indischen Streitkräfte zwischen 90 und 110 Nuklearwaffen besitzen.<sup>2</sup> Islamabad behält sich im Rahmen seiner Nukleardoktrin die Option eines atomaren Erstschlags explizit vor, während Indien eine «non-first-use-policy» verfolgt.

Indiens 2004 entwickelte Cold Start Doktrin sieht die schnelle Einsetzung von sogenannten Integrated Battle Groups vor, von acht schnell einsetzbaren, multifunktionalen und modular aufgebauten Divisionen, die aus sämtlichen Teilstreitkräften zusammengesetzt sind. Pakistan reagierte auf die Doktrin mit einem erfolgreichen Test von atomar bestückbaren Raketen. Seither testet Islamabad zu Ab-

schreckungszwecken regelmässig Kurz- und Mittelstreckenlenkwaffensysteme, die mit nuklearen Sprengköpfen versehen werden können.

### Nukleares Säbelrasseln

Zwei der gefährlichsten Konfliktsituationen seit dem Ende des Kalten Krieges, bei denen zum Einsatz von Atomwaffen wenig fehlte, spielten sich in der Kaschmirregion ab. Als Reaktion auf den Einfall pakistanischer Truppen und Milizen über die Line of Control bombardierte die indische Luftwaffe 1999 pakistanische Stellungen. Der Zwischenfall eskalierte rasch in eine konventionelle militärische Konfrontation. Islamabad drohte indirekt mit dem Einsatz von Nuklearwaffen und erhöhte deren Bereitschaft. Eine kürzlich publizierte Chatham House-Studie legt nahe, die pakistanische Provokation sei auf einen Machtkampf zwischen Premierminister Nawaz Sharif und dem Armeechef, General Pervez Musharraf, zurückzuführen.<sup>3</sup> Sharif sei über die Truppenbewegungen und die Bereitschaftserhöhung der Nuklearwaffen nicht im Bild gewesen. Musharraf seinerseits sei davon ausgegangen, nach den erfolgreichen Nukleartests würde Islamabads Position in einer Konfrontation mit New Delhi verbessert. Der Krieg konnte dank amerikanischer Mediation beendet werden.

**Indische Agni V Langstreckenrakete.** Bild: defence pk





Die letzte von nuklearer Kriegsrhetorik geprägte Krise wurde durch den Anschlag auf das indische Parlament im Dezember 2001 ausgelöst, für den New Delhi pakistanische Terroristen verantwortlich macht. In den Monaten nach dem Angriff nahmen die Spannungen entlang der Line of Control erneut zu. Indien entsandte Truppen nach Kaschmir, was Pakistan mit der Mobilisierung eigener Verbände beantwortete. Während zehn Monaten befanden sich eine Million Soldaten in hohem Bereitschaftsgrad entlang der Waffenstillstandslinie. Indien schloss einen nuklearen Erstschlag seinerseits aus. Musharraf, mittlerweile Präsident Pakistans, weigerte sich, eine ähnliche Garantie abzugeben und liess verlauten, jeder Staat, der über Nuklearwaffen verfüge, werde diese unter gewissen Voraussetzungen einsetzen. Wieder waren es die Vereinigten Staaten, die den Konflikt entspannten und Musharraf zur Verfolgung pakistanischer Terrorzellen drängten. Beide Konfliktparteien hatten sich erneut auf die amerikanische Mediationsrolle verlassen.

### Kaum Aussicht auf Entspannung

Die Absenz eines grundlegenden Vertrauensverhältnisses sowie greifender vertrauensbildender Massnahmen und die demonstrative Aufrüstung Indiens und Pakistans werden in absehbarer Zeit zu keiner Entspannung führen. Der Wahlerfolg der Indischen Volkspartei (BJP) im

Frühling und das neue Kabinett unter Premierminister Narendra Modi dürften das Streben New Delhis nach einer Rückkehr zum Grossmachtstatus beschleunigen. Indische Konzessionen in der Kaschmirfrage sind undenkbar. Im Gegenteil: Die geplante Inbetriebnahme des ersten indischen Atom-U-Boots im nächsten Jahr und die Entwicklung weiterer maritimer Nuklearkapazitäten dürften pakistanische Gegenmassnahmen hervorrufen.<sup>4</sup> Fest steht allerdings, dass Modi an einem instabilen Umfeld in Südasien kein Interesse haben kann, da dies sein grösstes Wahlversprechen, einen dringend benötigten wirtschaftlichen Entwicklungsschub, torpedieren würde.

Der unter indischen wie pakistanischen Politikern und Militärs grassierende persönliche Profilierungsdrang und der unverhältnismässig gewichtige Einfluss der Generäle auf die Politik in Delhi wie in Islamabad tragen zu einer Perpetuierung der gegenseitigen Feindbilder bei. Auch die Absenz einer politischen Dialogkultur und gegenseitige Fehleinschätzungen lassen die Gefahr eines neuerlichen Krieges um Kaschmir fortbestehen. Ende August sagte die indische Regierung ein bilaterales Aussenministertreffen mit Verweis auf eine Begegnung des pakistanischen Botschafters in Indien mit einem politischen Führer aus Kaschmir kurzfristig ab. Diese Gesten des Misstrauens und das Risiko einer Rückkehr militanter Kämpfer in den Kaschmir nach dem Abzug der NATO aus Afghanistan liefern derzeit wenig Anlass zu Optimismus. ■

- 1 United Nations Military Observer Group in India and Pakistan
- 2 SIPRI (2014): Research. Military Spending and Armaments. URL: <http://www.sipri.org/research/armaments/nuclear-forces> (01.09.2014).
- 3 Vgl. Lewis, Patricia et al. (2014): Too Close for Comfort. Cases of Near Nuclear Use and Options for Policy. Chatham House Report, 17-20.
- 4 Vgl. Joshi, Yogesh / O'Donnell, Frank (2014): India's Submarine Deterrent and Asian Nuclear Proliferation. In: Survival, 56 (4), 157-174.

\* Hans-Christian Baumann weilt als Stipendiat des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) an der Jamia Millia Islamia Universität in New Delhi, wo er sich mit den indischen Parlamentswahlen befasst.



Major  
Hans-Christian Baumann  
MA  
Universität St. Gallen  
7250 Klosters

## Aus dem Bundeshaus

Der Bundesrat (BR) entschied über seine Militär-Vorlagen und beantwortete diesbezügliche parlamentarische Vorstösse, unter anderem zur Luftverteidigung.



Am 27. August verschob der BR den ursprünglich für 2014 (Beschluss vom 1. Mai 2013) geplanten Bericht zur Sicherheitspolitik der Schweiz auf Ende 2016. Grund seien die noch laufenden Umsetzungsarbeiten aus dem letzten Bericht von 2010 (10.059). Der BR verabschiedete im zweiten Anlauf seine «Botschaft zur Änderung der Rechtsgrundlagen für die Weiterentwicklung der Armee» vom 3. September 2014 (14.069). Teile davon sind der Änderungsentwurf des Bundesgesetzes über die Armee und die Militärverwaltung (Militärgesetz, MG) vom 3. Februar 1995 (SR 510.10) und der Entwurf einer Aufhebung der Verordnung der Bundesversammlung über die Organisation der Armee (Armeeorganisation, AO) vom 4. Oktober 2002 (SR 513.1). Er legte in Erfüllung eines Postulates «Konzept zur langfristigen Sicherung des Luftraums» vom 12. Dezember 2012 (12.4130) seinen Bericht vom 27. August 2014 mit gleichlautendem»m Titel vor.

Der BR beantwortete drei ständerätliche Interpellationen aus den Fraktionen der SP und der CVP zur Zukunft des F-5 Tiger und der Patrouille Suisse nach dem Nein zum Gripen (14.3575), zur Ausserdienststellung des Tiger und Sicherstellung der Luftüberwachung (14.3473) und betreffend «Weiterentwicklung und Finanzierung der Armee inhaltlich, zeitlich und materiell in Übereinstimmung bringen» (14.3452). Er begründet seine Ablehnung der Motion aus der Fraktion der SVP «Ausgabenplafond der Armee» für 5 Milliarden Franken pro Jahr ab 2016 (14.3602): «Infolge [...] der mehrere Jahre in Anspruch nehmenden Zeitdauer, bis künftige Beschaffungen zahlungswirksam werden, wird der Zahlungsrahmen 2017–2020 höchstens 19,5 Milliarden Franken betragen.»

Oberst Heinrich L. Wirz  
Militärpublizist/Bundeshaus-Journalist  
3047 Bremgarten BE

